Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ (20. Treffen) am 28.02.2023 in Lauterbach, Sitzungssaal Goldhelg 20

Beginn: 17.30 Uhr
Ende: 19.30 Uhr

Teilnehmer*innen: Magdalena Pitzer, Arbeitsgruppensprecherin
Uwe Ihnenfeldt, Begegnungscafé Herbstein
Burckhard Schweinberger, Begegnungscafé Herbstein
Marie Christine Fragnon, Flüchtlingsinitiative Lauterbach
Heinrich Muhl, Flüchtlingsinitiative Alsfeld
Sabine Welter, Sachgebiet Flüchtlingswesen
Lisa Stumpf, Sachgebiet Flüchtlingswesen
Leandra Schmidt, Ausländerbehörde
Sarah Aboutouk, Integrationskommission Lauterbach
Waltraud Ertl, Flüchtlingsinitiative Lauterbach, vdk,...
Karin Schädel, Caritaszentrum VB
Marion Horstmeyer, Flüchtlingsinitiative Lauterbach
Sylvia Meyer-Nahrgang, Schottener Soz. Dienste, WG umA
Bernhard Eckert, Flüchtlingshelfer Herbstein
Carina Klimm, AWO
Heike Bohl, AWO
Hans Bohl, AWO
Rita Feick, Elternscouts
Florian Paloh, Vogelsbergkreis
Sonja Hartmann, WIR-Koordination
Antonia Schäfer, WIR-Koordination, Handlungsfeldsprecherin
Alexander Brandt, Sachgebiet Flüchtlingswesen
Sandra Obenhack, Koordinatorin Bündnis für Familie

TOP 1: Begrüßung

Frau Pitzer begrüßt die Anwesenden. Er folgt eine Vorstellungsrunde.

TOP 2: Aktuelle Informationen aus dem Sachgebiet Flüchtlingswesen

Frau Stumpf berichtet über Aktuelles aus dem Sachgebiet Flüchtlingswesen:

Asyl:

Aktuell werden 22 Gemeinschaftsunterkünfte betrieben, in denen 604 Bewohner*innen untergebracht sind. Das Ankunftszentrum in Alsfeld ist z.Z. mit 162 Bewohner*innen belegt. Im Zeltlager Landenhausen sind 8 Menschen untergebracht, dies wird jedoch zum 31.03.2023 wieder zurückgegeben. Angemietet sind 67 Asylwohnungen für insgesamt 282 Personen. Für weitere Unterkünfte laufen die Verhandlungen. Der Vogelsbergkreis sucht weiterhin nach Gemeinschaftsunterkünften und Asylwohnungen.

Eine Gemeinschaftsunterkunft wurde in Schotten-Betzenrod eröffnet. Gestern Abend hat sich zum ersten Mal ein Helferkreis versammelt. Dieser plant u.a. Sprachangebote.

Ukraine:

Die Menschen aus der Ukraine leben in verschiedenen Unterbringungsformen:

- In Notunterkünften der Städte und Gemeinden leben etwa 185 Personen.
- Es gibt 121 Asylwohnungen in denen insg. 435 Menschen untergebracht sind.
- Privatwohnungen
- Aufnahme innerhalb von Privathaushalten

Allgemeines

Die Zuweisung beläuft sich z.Z. lt. Ankündigung des Regierungspräsidiums auf 17 Personen pro Woche. Aktuell kommen mehr Ukrainer als Asylbewerber, das Verhältnis ist jedoch sehr dynamisch.

Das Sachgebiet Flüchtlingswesen hat seit etwa einem Jahr eine extrem hohe Arbeitsbelastung. Intern wurde Personal abgeordnet um beim Flüchtlingswesen auszuweichen. Weiterhin wird Personal gesucht.

Im Ankunftszentrum Alsfeld wird in der nächsten Woche ein Fußballprojekt starten. Hierfür wird noch Sportbekleidung für Herren gesucht: Turnschuhe Gr. 40 – 43 und Sportkleidung Gr. S – L. Wer Möglichkeiten der Beschaffung sieht, kann sich gerne im Ankunftszentrum melden: Kontakt: 0175 / 7591663 // ankunftszentrum@drk-alsfeld.de

Frau Welter berichtet, dass im Bereich Betreuung neues Personal eingestellt wurde, so dass der Betreuungsschlüssel etwas niedriger ist als Ende 2022. Eine neue Aufteilung gem. der Sozialräume ist vorgesehen. Der Umstrukturierungsprozess wird noch bis ca. Ende März/Anfang April dauern. Es wird zu gegebener Zeit über die neuen Ansprechpartner*innen der jeweiligen Gemeinschaftsunterkünfte informiert.

Außerdem ist es vorgesehen, feste Sprechzeiten vor Ort anzubieten.

Auf Nachfrage von Herrn Muhl berichtet Frau Welter, dass sich zum Stichtag 13.2.23 1.350 ukrainische Bürger im Vogelsbergkreis aufgehalten haben, die Tendenz ist steigend.

TOP 3:

Austausch über aktuelle Erfahrungen in der ehrenamtlichen Arbeit

Herr Eckert weist auf das Problem hin, für geflüchtete Menschen einen Hausarzt zu finden. Er hat bereits alle Praxen in der Umgebung abtelefoniert. Auch an das Gesundheitsamt und an Abgeordnete habe er sich schon gewandt.

Herr Eckert berichtet von Menschen aus Afghanistan, Irak usw., die in Deutschland den Hauptschulabschluss erlangt haben, aber keine Arbeitserlaubnis erhalten. Teilweise wurden bereits vorhandene Arbeitserlaubnisse wieder entzogen. Es sei fast unmöglich für die Menschen, eine Taskira (eine Art Personenstandsurskunde) aus ihrem Heimatland zu bekommen, die dafür aber erforderlich ist.

Herr Ihnenfeldt berichtet, dass Herr Dr. Scher aus Herbstein sich mit weiteren Ärzten gemeinsam bereiterklärt hat, feste Sprechzeiten für bestimmte Sprachen mit Sprachmittler*innen anzubieten. Herr Ihnenfeldt ist mit Frau Schäfer (Sprachmittlungspool) bereits in Kontakt.

Herr Ihnenfeldt fragt nach dem Procedere, wenn Leute vom Hausarzt zu einem Facharzt überwiesen worden sind. Frau Stumpf erklärt, dass die Überweisung zunächst dem Sozialamt (Krankenhilfe) vorgelegt werden muss. Die Bearbeitungsdauer hängt davon ab, ob es sich um etwas Offensichtliches handelt oder ob das Gesundheitsamt mit eingebunden werden muss. Diese Vorgehensweise gilt ausschließlich für Personen, die nicht krankenversichert sind.

Frau Schädel berichtet von Problemen, wenn Menschen mit einem Pflegegrad nach Deutschland kommen. Der Pflegegrad wird nicht anerkannt. Der MdK muss eine Einstufung vornehmen. Allerdings haben Menschen, die keine 2 Jahre Vorversicherungszeiten aufweisen absoluten Nachrang bei der Prüfung. Das Gesundheitsamt prüfe erst, wenn ein Negativbescheid vom MdK vorliege.

Frau Ertl weist auf Probleme mit der Müllentsorgung hin. Neubürger aus ihrer Nachbarschaft stellen die Mülltonne nicht raus. Die sehr große Mülltonne war übertoll, wurde aber nicht zur Leerung an die Straße gestellt. Die Hausverwaltung und das Ordnungsamt waren bereits eingeschaltet. Im Garten sammeln sich bereits Plastiksäcke und Möbel an. Frau Ertl ist ratlos, wie man diesbezüglich am besten an die Leute herankommt. Herr Eckert empfiehlt, am Abend vor der Leerung zu den Leuten hinzugehen und die Tonnen gemeinsam rauszustellen.

Herr Eckert fragt nach einem Aufnahmeprogramm für Afghanen welches bereits beschlossen worden sei. Frau Schmidt (Ausländerbehörde) teilt mit, dass es sowohl ein Landesaufnahmeprogramm Hessen als auch ein Bundesaufnahmeprogramm gibt. Beide sind noch in Arbeit. Die Ausländerbehörde hat noch keine Info, dass etwas beschlossen ist.

Herr Muhl fragt, wie man damit umgehe, wenn syrische oder türkische Geflüchtete ins Erdbebengebiet fahren wollen um zu helfen bzw. wie es mit einem Familiennachzug aus den Erdbebengebieten sei. Von einer Fahrt ins Erdbebengebiet ist eher abzuraten, wenn die in Deutschland lebende Person die Flüchtlingseigenschaft hat. Sie kann dadurch ihren Aufenthaltsstatus verlieren. Beim Familiennachzug ist ein Reisepass und eine Verpflichtungserklärung notwendig.

Auf Nachfrage erklärt Frau Schmidt, dass alle Personen aus der Ukraine aufgrund der Massenzustromrichtlinie einen Aufenthaltstitel bis zum 04.03.2024 haben, unabhängig davon wann sie eingereist sind.

TOP 5: (wird vorgezogen, da es thematisch passt)
Chancen-Aufenthaltsrecht; Antonia Schäfer

Frau Schäfer berichtet, dass die WIR-Koordinationen vom Ministerium zum Chancenaufenthaltsrecht geschult wurden. Frau Schäfer möchte die Infos gerne an die Gruppe weitergeben:

Es geht darum einen sicheren Aufenthalt in Deutschland auf Dauer zu erlangen. Das neue Gesetz zum Chancen-Aufenthaltsrecht (§104c Aufenthaltsgesetz) ist am 31.

Dezember 2022 in Kraft getreten. Das Chancen-Aufenthaltsrecht ist eine Aufenthaltserlaubnis für 18 Monate, die Personen beantragen können, die aktuell eine Duldung bzw. eine sogenannte Duldung light haben. Es kommen Personen in Frage, die sich seit fünf Jahren geduldet, gestattet oder erlaubt in Deutschland aufhalten, nicht straffällig geworden sind und sich zur deutschen Verfassung bekennen. In diesen 18 Monaten sollen die Personen sich darum bemühen, Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen.

Links zum Chancenaufenthaltsrecht:

Handbook Germany: <https://handbookgermany.de/de/chancen-aufenthaltsrecht>
Integrationsbeauftragte des Bundes: <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/ich-moechte-mehr-wissen-ueber/chancen-aufenthalt>

Hinweise auf kostenlose mehrsprachige Online-Workshops sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

TOP 4:

Internationaler Tag gegen Rassismus am 21.03.2023

- **Aktion der AWO am 24.03.2023, Gruppenfoto der AG als Beitrag zur Aktion der AWO**

Frau Bohl berichtet von der Aktion der AWO zum Internationalen Tag gegen Rassismus. Diese findet am 24.3.2023 um 14:00 Uhr im Garten des AWO Sozialzentrums in Lauterbach statt. Die One World Band wird musizieren. Die Bewohner des Alten- und Pflegeheimes werden über die Fenster und Balkone eingebunden. Sollte es regnen, wird die One World Band auf den einzelnen Fluren der Einrichtung auftreten.

Die AWO möchte damit solidarisch gegen Rassismus auftreten. Es soll gezeigt werden, wie wichtig es ist, ausländische Fachkräfte in den Betrieben zu haben. Dieses Miteinander funktioniert in der AWO sehr gut.

Frau Schäfer berichtet, dass das Motto des diesjährigen Tages gegen Rassismus „Misch Dich ein“ ist. Die Anwesenden werden eingeladen, sich gemeinsam als AG Migration und Integration auf einem Foto gemeinsam gegen Rassismus zu zeigen. Das Foto erscheint in der Presse zum Tag gegen Rassismus. Der Bericht soll auch genutzt werden um Werbung für die Mitarbeit in der AG zu machen. Das Foto wird am Ende der Sitzung gemacht.

TOP 6:

Verschiedenes

Frau Ertl weist auf die Aktion des VdK zum Equal Pay Day am kommenden Samstag (4.3.) auf dem Marktplatz in Lauterbach hin. Der Equal Pay Day weist auf die Ungleichheit der Gehälter zwischen Mann und Frau hin. Bis zum Equal Pay Day, der in diesem Jahr auf den 7.3. fällt, arbeiten Frauen „umsonst“.

Marion Horstmeyer berichtet von der Flüchtlingsinitiative Lauterbach:

Das Frauencafé im Vielerlei, geleitet von Henriette Pfeffer-Wiegand, findet weiterhin freitags von 10-12 Uhr im Vielerlei in Lauterbach statt. Alle Frauen sind herzlich eingeladen.

Des Weiteren wird ein Frauenfest geplant, welches am 11. März 2023 im evangelischen Gemeindezentrum in Lauterbach stattfinden soll.

Frau Pitzer bedankt sich bei allen Teilnehmenden für den regen Austausch.

Die Gruppe stellt sich auf für das Foto anl. der unter TOP 4 angekündigten Aktion.

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ wird vor den Sommerferien geplant. Eine Einladung wird zu gegebener Zeit verschickt.

Protokollantin Sandra Obenhack